

Ausgewählte Statistiken, insbesondere die beigelegten Karten gestatten einen guten Einblick in den Ablauf des Geschehens.

Karl Hermes

Regensburg

Wirtschaft und Gesellschaft

Transformationsprozesse in Mittelost-Europa. Hgg. Birgit HODENIUS, Gert SCHMIDT. München: Oldenbourg 1996. 301 S. = Soziologische Revue, Sonderheft 4.

Eines läßt sich klar über den Stand der Transformationsforschung sagen: Alles ist im Fluß, denn eine allgemein anerkannte Transformationstheorie zur Erklärung des Systemwandels gibt es nicht. Eine Frage, die sich beispielsweise immer nur länderspezifisch stellen läßt, ist, ob es beobachtbare Zyklen im Wandlungsprozess gibt. Eine andere, allerdings allgemeinere Frage ließe sich nach dem konzeptionellen Rüstzeug der Sozialwissenschaften zur Erfassung solcher Zyklen zu stellen. Allein wegen der Diskussion solcher Problembereiche ist diese Sonderausgabe der ‚Soziologischen Revue‘ lesenswert.

Bei allen theoretischen Ansätzen, ob nun handlungs-, systemtheoretisch oder aus der Sicht der Modernisierungstheorien, scheinen die historische »Einbettung« und die jeweils originäre »Raumzeit-Historie« der zu untersuchenden Region von besonderer Relevanz. Politologen und Soziologen können das Aktuelle von 1989/1990 nur erfassen, wenn sie die Geschichte mitbedenken. Eine nur strukturell-empirische Betrachtung muß zu kurz greifen, denn gesellschaftliche Bewegungen sind nur im größeren Kontext sinnvoll zu erfassen. Dies ist wohl eine der wichtigsten Lehren der bisherigen Transformationserkundungen. Von entscheidendem Gewicht ist auch die Akteursperspektive, denn in Ostmittel- und Südosteuropa haben Institutionen noch nicht den Integrationswert der westlichen Gesellschaften. Personen sind ein Ersatz für schwache politische Einrichtungen.

Die ‚Soziologische Revue‘ ist ein gutes Forum für einen Überblick über den Forschungsstand, zumindest im allgemeintheoretischen Bereich. Dies soll anhand von Besprechungen, Essays und Länderanalysen erreicht werden. In diesen Länderanalysen kommt Ungarn etwas zu kurz. Die Autoren geben auch zu, daß es hier kein Anliegen sein konnte, den spezifischen Forschungsstand zu erfassen. Unter anderem wird das von József Bayer und Rainer Deppe herausgegebene Buch „Der Schock der Freiheit. Ungarn auf dem Weg in die Demokratie“ (Frankfurt/Main 1993) besprochen und dabei das breite Themenspektrum der dort abgedruckten Aufsätze von Eliten über Verfassungsverständnis bis hin zur Diskussion über Minderheiten und Verbürgerlichung aufgezeigt.

Besondere Erwähnung muß noch das erste Essay der ‚Revue‘ finden, welches Rudolf Andorka dem Systemwandel in Ungarn widmet. Andorka weiß um die Bedeutung der Geschichte und stellt diese auch als »eine Reihe von mißlungenen

Modernisierungsanläufen« dar. Seiner Erklärung nach war der Systemzusammenbruch eine Kombination von Anomie und Entfremdungskrise. Weiterhin will Andorka plausibel machen, daß sich das Totalitarismuskonzept zur Beschreibung des kommunistischen Ungarns eignet. Allerdings wehrt er sich gegen die Annahme mancher Totalitarismus-Theoretiker, daß totalitäre Systeme nicht wandelbar seien. Auf wenig Raum geht der Autor dann genauer auf die spezielle Entwicklung Ungarns ein. Von entscheidender Bedeutung scheint auch seine Warnung zu sein, den osteuropäischen Raum als eine Einheit betrachten zu wollen. Diese Erkenntnis, so mag man hoffen, hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges langsam durchgesetzt; wenn schon nicht in der breiten Öffentlichkeit, so doch hoffentlich in der Soziologie!

Der Inhalt des gut plazierten Essays von Andorka gleicht das insgesamt geringe Interesse an Ungarn in diesem Sonderheft einigermaßen aus. Jedenfalls regt diese Publikation mit ihren Zwischenbefunden zur weiteren Teilnahme an der Transformationsdiskussion an.

Christian Burić

München

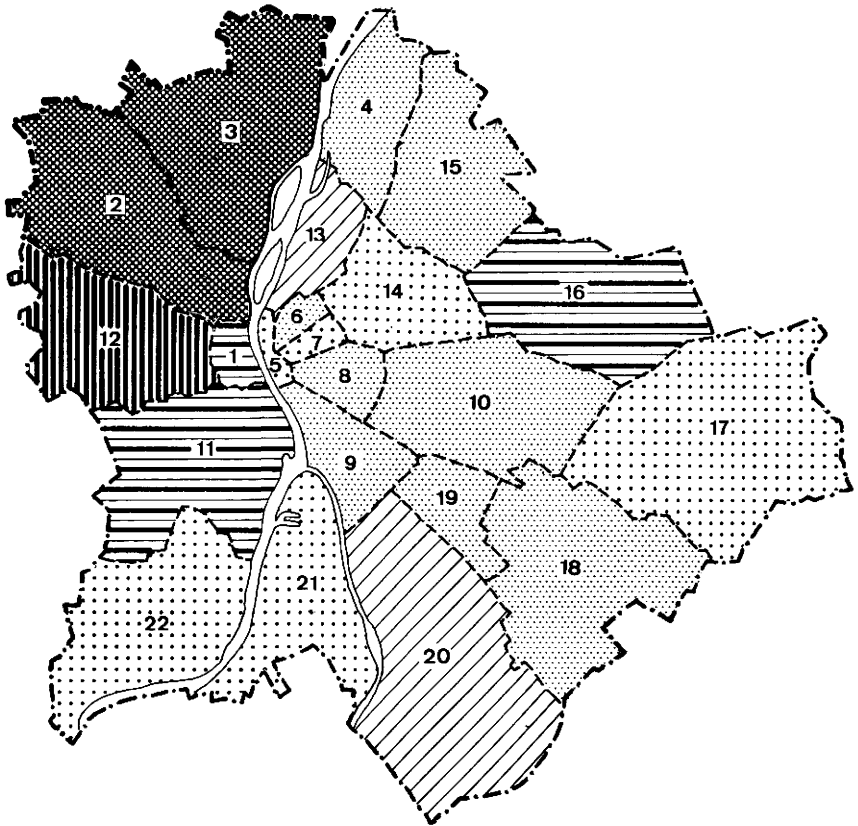
CSÉFALVAY Zoltán – ROHN Walter: *Die Transition des ungarischen und Budapester Wohnungsmarktes*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften/Institut für Stadt- und Regionalforschung 1992. 47 S., 12 Tab., 2 Kt. = ISR-Forschungsberichte 6.

Schon längere Zeit vor dem politischen Umbruch zeigte sich, daß – analog zum »zweiten Arbeitsmarkt«¹ sich in Ungarn auch ein »zweiter Wohnungsmarkt« entwickelt, von staatlichen Einflußnahmen relativ frei. Eigentumsbildung und Wohnungstausch waren die wichtigsten »Eckpfeiler«. Schon 1990 befanden sich 78% aller Wohnungen in Privatbesitz. In Budapest selbst gab es indes einen 50%-Anteil an staatseigenen (Miet-)Wohnungen. Wohnungstausch wurde schon in den frühen achtziger Jahren über die Print-Medien abgewickelt. Auf diesem »grauen Markt« konnten private, aber auch staatliche (Miet-)Wohnungen getauscht werden. Wertausgleich war obligatorisch (vgl. Abb., S. 436).

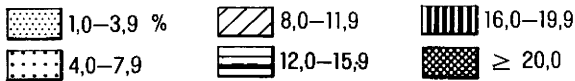
Die vorliegende Untersuchung fußt auf der Erfassung von Wohnungstauschanzeigen im Budapester Anzeigebblatt ‚Expressz‘. Über 1.000 (!) Tauschangebote wurden analysiert. Das Ergebnis: Wohnungswechsel nehmen zu. Gesuche von Wohlhabenderen bevorzugen die »grüne«, hügelige Landschaft auf der Budaer Seite. Daß sich soziale Aufsteiger einen besseren Wohnstandort im Tausch erwerben wollten, ist die eine Seite, auf der anderen steht diesem – meist realisierten – Angebot der soziale Abstieg einer zahlenmäßig entsprechenden Bevölkerungsgruppe gegenüber.

¹ Vgl. Zoltán Cséfalvay – Walter Rohn: Der Weg des ungarischen Arbeitsmarktes in die duale Ökonomie. Wien 1991. Besprochen von Karl Hermes in: Ungarn-Jahrbuch 20 (1992) 268-271.

Privatisierung der staatlichen Mietwohnungen in Budapest 1982-1990
(Prozentanteil der privatisierten Mietwohnungen an der Gesamtzahl der Mietwohnungen im Jahre 1982)



Privatisierte staatliche Mietwohnungen in **Budapest** (1990)



(Quellen: BUDAPEST FŐVÁROS TANÁCSA LAKÁSPOLITIKAI FŐOSZTÁLYA (Hsg.), 1989, S. 5; KSH (Hsg.), 1983b, S. 210; Persönliche Mitteilung aus der Abteilung f. Bauindustrie des Ministeriums f. Industrie u. Handel; Entwurf: Z. Cséfalvay)

Die weitere Entwicklung des ungarischen Wohnungsmarktes ist politisch vorgezeichnet: Privatisierung der (noch) kommunalen Mietwohnungen. Die großbetrieblich organisierte, sich als ineffizient erweisende Bauwirtschaft muß neu strukturiert werden. Wie die Erhöhung der Wohnbauleistung und der von Privaten getragenen Renovierung einer vielfach desolaten Bausubstanz jedoch erreicht werden soll, darüber besteht noch weitgehend Unklarheit.¹

Karl Hermes

Regensburg

SEIDL Markus: *Stadtverfall in Bratislava*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften/Institut für Stadt- und Regionalforschung 1993. 54 S., 13 Tab., 10 Abb., 3 Kt. = ISR-Forschungsberichte 9.

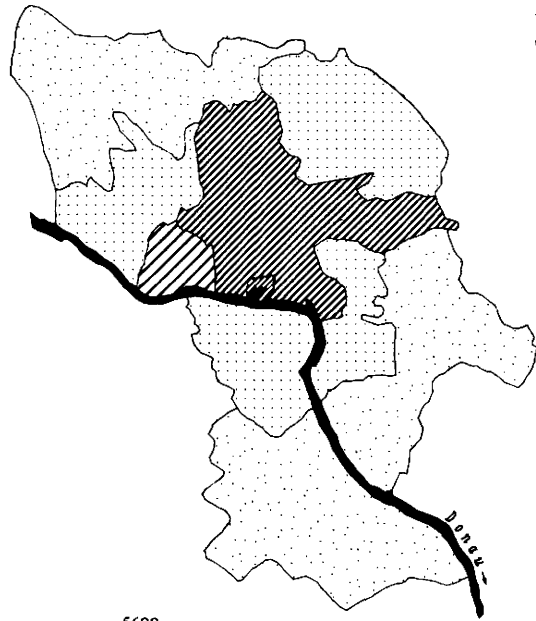
Der Wandlungsprozeß innerhalb der Länder des ehemaligen Ostblocks hat seit dem Zusammenbruch (1989) zum Teil schon bis heute greifbare Auswirkungen gezeigt. Die staatliche Trennung zwischen dem heutigen Tschechien und der Slowakei akzentuierte diese Vorgänge. Bratislava (*Preßburg, Pozsony*) litt nach der »sanften Revolution« zunächst unter der Einseitigkeit in- und ausländischer Investitionen fast ausschließlich in der »Primate City« Prag. Erst die Trennung von der ehemaligen Tschechei brachte der neuen Hauptstadt der Slowakei mit ihren 440.000 Einwohnern (vgl. Karte 1, S. 438) eine verbesserte Ausgangsposition für Investitionen. Die Wiener Diplom-Arbeit hat sich insbesondere der Untersuchung der Altstadt angenommen, die – sehr klein – in den nächsten Jahren wohl einem verstärkten Druck auf dem Immobilienmarkt ausgesetzt sein wird. Sie ist stark restaurierungsbedürftig als direkte Folge der kommunistischen Ära. Öffentlich genutzte Gebäude sind besser erhalten – insbesondere jene von kulturhistorisch-architektonischem Wert – als reine Wohnbauten. In zwei Kapiteln geht der Autor auf die historische Stadt- und jüngere Bevölkerungsentwicklung ein. Sehr aufschlußreich sind die Veränderungen in der Nationalitäten-Zusammensetzung zwischen 1850 und 1991 (vgl. Abb. 2, S. 439). Bratislava steht eine City-Bildung im westlichen Sinne bevor. Sie wird einhergehen (müssen) mit einer teilweisen Erneuerung der Bausubstanz. Staatliche Aufgabe wird es sein, internationalem Spekulantentum zu begegnen, das – wie jüngere Erfahrungen lehren – keineswegs dem Interesse eines jungen Nationalstaates dienlich ist. Der Verf. hat die graduellen Schäden kartiert und ihre prozentualen Anteile errechnet. Berücksichtigung fanden auch Baualter und Gebäudenutzung. Die zahlreichen Tabellen, Abbildungen und drei Karten belegen das Bemühen des Autors, die gegenwärtige bauliche Situation als Basis für die Revitalisierung Alt-Bratislavas im Hinblick auf künftige City-Funktionen detailliert zu erfassen. Die damit verbundene Problematik ist gut herausgearbeitet.

Karl Hermes

Regensburg







¹ Vgl. Besprechung von Karl Hermes über *Lichtenberger – Cséfalvay – Paal: Stadtverfall und Stadterneuerung in Budapest*, in diesem Band, S. 444-447.

Die Flächenentwicklung der Stadt Bratislava



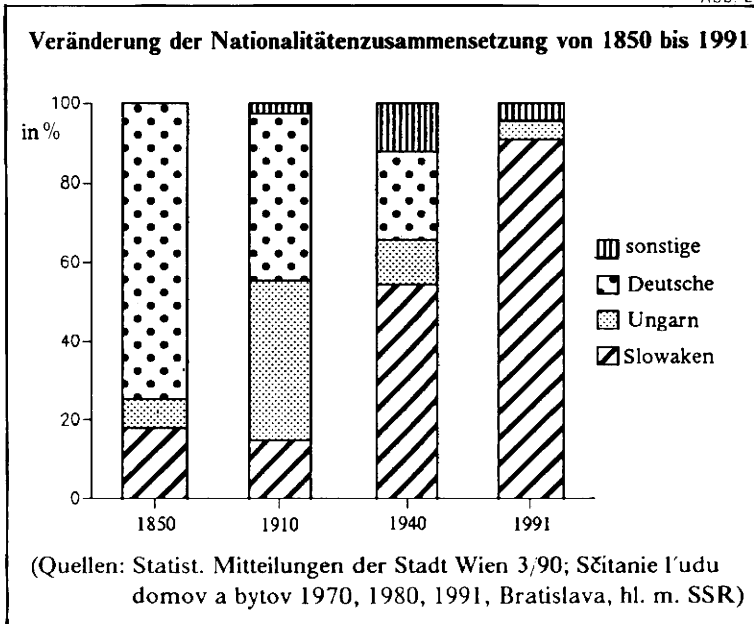
0 5600m

Kartographie: Seidl - Vorauer.

- | | | | |
|---|--------------------------|---|---------------------------|
|  | Historischer Kern um 907 |  | Groß-Bratislava nach 1945 |
|  | Bratislava um 1291 |  | Eingemeindungen ab 1972 |
|  | Stadtgebiet bis 1943 | | |
|  | Eingemeindungen 1943 | | |

(Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Bratislava, 1980)

Abb. 2



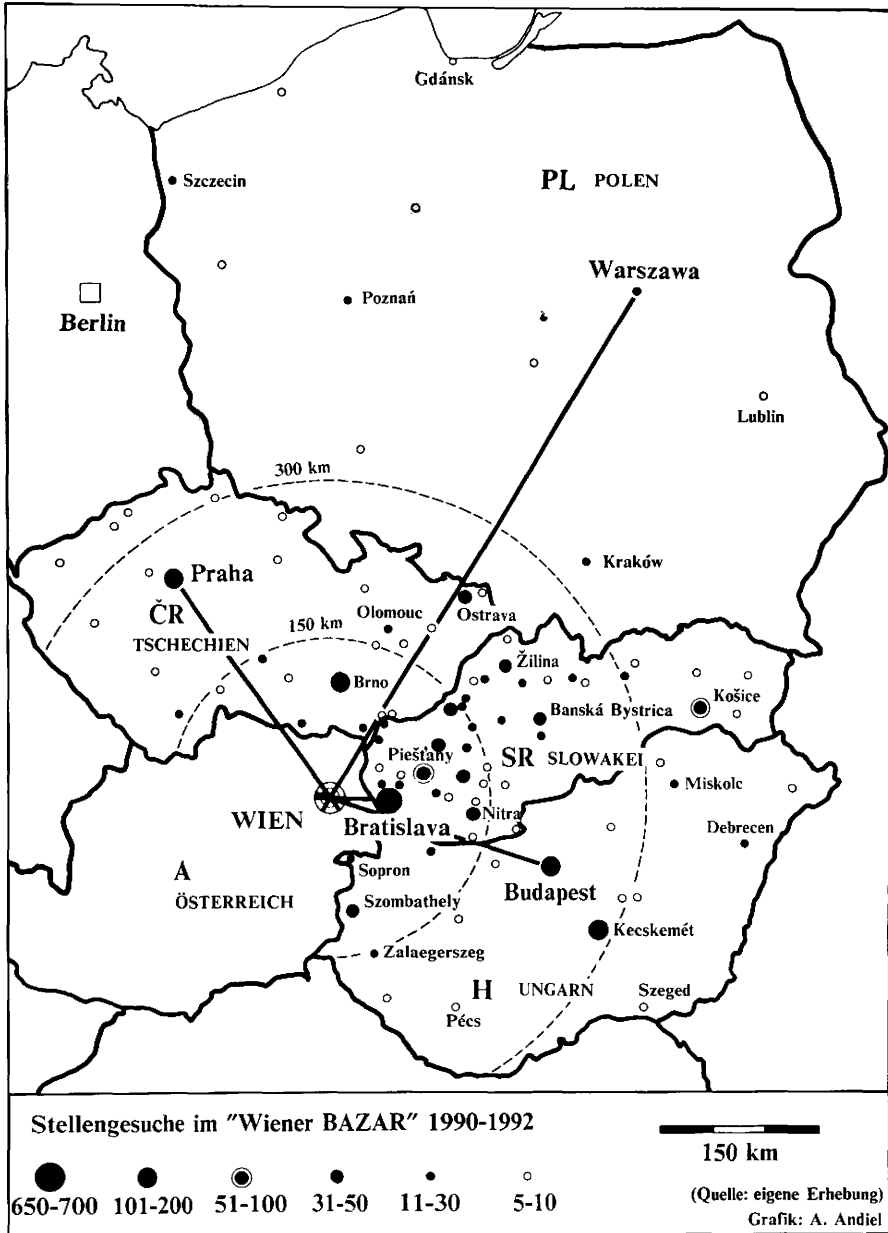
FASSMANN Heinz – KOHLBACHER Josef – REESER Ursula: »Suche Arbeit«. *Eine empirische Analyse über Stellensuchende aus dem Ausland*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften/Institut für Stadt- und Regionalforschung 1993. 58 S., 1 Tab., 10 Abb., 1 Kt. = ISR-Forschungsberichte 10.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs kam auch das Ende der geopolitischen Randlage Österreichs. Sehr schnell wurde der offene Osten dieses Landes zum »attraktiven Tor in den goldenen Westen«. Da das österreichische Nominallohn-Niveau dasjenige Ungarns und Polens um ein Mehrfaches übersteigt, entstand ein nicht geringer Sogeffekt auf Arbeitskräfte aus den sozialistischen Reformländern. Die meisten fanden Beschäftigungsverhältnisse lediglich im sekundären Teilarbeitsmarkt. Zu der jahrzehntelang dominanten Süd-Nord-Wanderung (Türken, [ehemalige] Jugoslawen) tritt seit den politischen Umwälzungen eine Ost-West-Migration auf. Ihr gilt – eingeschränkt auf den Wiener Arbeitsmarkt – die vorliegende Untersuchung.

Die Analyse erfaßt rund 7.000 Stellengesuche ausländischer Interessenten zwischen Juli 1990 und September 1992 in der Wiener Annoncenzeitung ‚Bazar‘. Deren Auswertung läßt erkennen, daß sich der Einzugsbereich des Wiener Arbeitsmarktes über die Slowakei und Westungarn hinaus nach Tschechien, Polen und in die Komitate Nordostungarns ausdehnt (vgl. Karte, S. 441). Die Westslowakei wird zunehmend zu einer Pendlerregion Wiens. Anzeigen werden überwiegend direkt vom Heimatort oder über Agenturen aufgegeben. Jüngere Stellenbewerber dominieren. In Dienstleistungsberufen Fuß zu fassen, versuchen vor allem Arbeitssuchende aus Tschechien und Ungarn. Polen sind häufig an einer Beschäftigung in der Landwirtschaft interessiert. Auch höher Qualifizierte erklären sich bereit, eine einfachere Tätigkeit anzunehmen. Stellensuchende (Männer wie Frauen) mit Abschluß einer höheren Schule oder eines Universitätsstudiums sind mit fast 20% vertreten. Auf interessante Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Die Bewerber müssen sich unter anderem an zeitlich wechselnden Nachfragen orientieren. Festzuhalten bleibt, daß für die Herkunftsländer der Migranten deren Weggehen einem Brain-Drain gleichkommt. Andererseits – darüber lassen die Autoren keinen Zweifel – kommen für viele Arbeitskräfte ihre bescheidenere Beschäftigung in Wien praktisch einer fachlichen Dequalifizierung gleich, einem Brain-Waste.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß der globale Prozeß der Internationalisierung des Arbeitsmarktes nicht geringe Probleme auslöst. Um eine quantitative Steuerung und Kanalisierung des Migrantenstroms, gegebenenfalls bald um eine Begrenzung desselben, wird man nicht herumkommen, will man die Volkswirtschaft einzelner Nationen oder Regionen nicht gefährden.

Die räumliche Expansion des Wiener Arbeitsmarktes



CSÉFALVAY Zoltán – FASSMANN Heinz – ROHN Walter: *Regionalstruktur im Wandel. Das Beispiel Ungarn*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften/Institut für Stadt- und Regionalforschung 1993. 72 S., 9 Tab., 7 Abb., 7 Kt. = ISR-Forschungsberichte 11.

Wie in den meisten ehemaligen COMECON-Ländern unterliegt die regionale Wirtschaftsstruktur Ungarns zur Zeit einem nachhaltigen Wandel. Die Schwer- und Grundstoffindustrie in der Region Miskolc ist am Ende. Für Gesamtungarn ergab sich 1993 ein Anstieg auf 900.000 Arbeitslose (17%). Der Westen Ungarns gilt als »das Tor nach Europa«, der Osten als Armenhaus. Außer dem wirtschaftlichen Ost-West-Gefälle verstärkt sich der Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie. Der Großraum Budapest mit ~~z~~ und einem Fünftel der Gesamtbevölkerung behauptet sich als dominierender Wachstumspol. Dank gut entwickelter technischer Infrastruktur ist er auch zugleich attraktiver Standort für ausländische Investoren. Die Einkommensverteilung wird asymmetrischer. Die wiederholt beschworene Gefahr einer »Zweidrittel-Eindrittel-Gesellschaft«¹ scheint sich sehr rasch zu realisieren. Dazu tragen die hohen Arbeitslosenzahlen in den Krisenregionen – primär betroffen sind Jugendliche und ältere Arbeitnehmer – maßgeblich bei. Die beige-fügte Karte (S. 443) zeigt für Juni 1992 die niedrigsten und höchsten Arbeitslosenquoten nach Arbeitsmarktbezirken. Parallel hierzu ist der Wandel der Beschäftigten in den drei Wirtschaftssektoren zu sehen, ablesbar für den Zeitraum 1900 bis 1992 in der Abbildung (siehe Diagramm, S. 443). Bislang sind als Reaktion auf diese Entwicklung nur Unmutsäußerungen seitens der ungarischen Bevölkerung zu konstatieren, keine verstärkten Auswanderungen. Die Autoren erwarten sie auch künftig nicht, da sich die ungarische Wohnbevölkerung in einem dramatischen Alterungs- und Schrumpfungsprozeß befindet. Allerdings dürften bedeutende Binnenwanderungsströme zu erwarten sein, da eine hohe Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und Bevölkerungswachstum im Nordosten Ungarns besteht. Möglicherweise könnte auch die grenzüberschreitende Arbeiter-Pendelwanderung zunehmen.

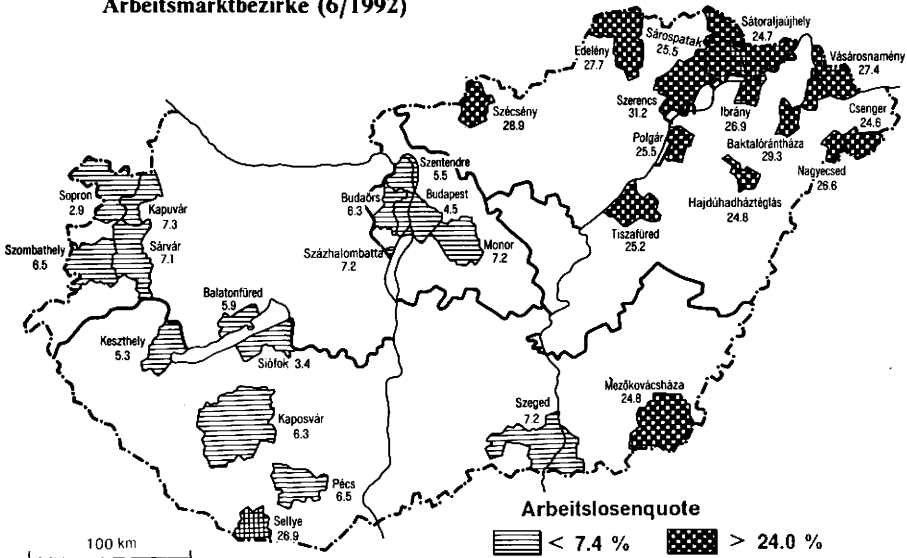
Es wird darauf hingewiesen, daß Ungarn die günstigsten makroökonomischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Transformation des ökonomischen wie politischen Systems besitzt. Bislang sind allerdings die regionalpolitischen Defizite noch unübersehbar.

Karl Hermes

Regensburg

¹ Vgl. *Die Zukunft von Ostmitteleuropa. Vom Plan zum Markt*. Herausgegeben von Elisabeth Lichtenberger. Wien 1991. Besprochen von Karl Hermes in: Ungarn-Jahrbuch 20 (1992) 275-278.

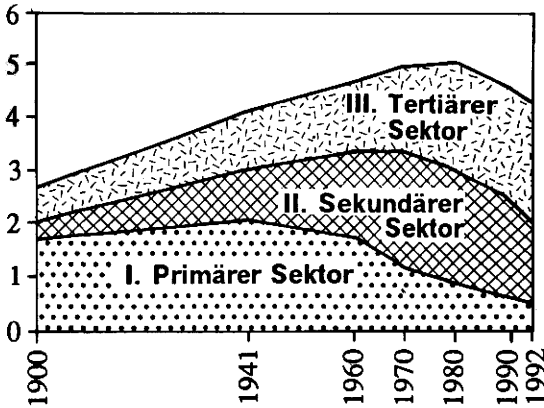
Niedrigste und höchste Arbeitslosenquoten auf der Ebene der Arbeitsmarktbezirke (6/1992)



(Quelle: Persönliche Mitteilung aus dem ungarischen Ministerium für das Arbeitswesen)

Beschäftigung in Ungarn nach Wirtschaftssektoren (1900-1992)

**Beschäftigte
in Millionen**



(Quelle: LAKY 1992, S. 45)

LICHTENBERGER Elisabeth – CSÉFALVAY Zoltán – PAAL Michaela: *Stadtverfall und Stadterneuerung in Budapest*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften/ Institut für Stadt- und Regionalforschung 1994. 162 S., 13 Tab., 14 Abb., 15 Kt., 8 Taf. mit 16 Fotos = ISR-Forschungsberichte 12.

Die internationale Metropolenforschung hat sich erst in jüngster Zeit dem Thema »Stadtverfall« zugewandt, obwohl eine Renovierung bzw. Restauration geschlossener gründerzeitlicher Miethaus-Bebauung ein weltweites Problem darstellt.

Seit Mitte der achtziger Jahre begann man von Wien aus, die österreichische und die ungarische Kapitale näher zu untersuchen. Für Wien konnten bereits 1990 (primäre) Forschungsergebnisse veröffentlicht werden, mit der vorliegenden Publikation jene von Budapest. In letzterem ist die Stadterneuerung, von den früheren Planungs- und Finanzierungsaufgaben des Staates abgekoppelt, heute eine Angelegenheit des Marktes. Das heißt: Die einzelnen Stadtbezirke treten nun in Konkurrenz zueinander hinsichtlich künftiger Planungen. Sie unterliegen nicht mehr vorher gegebenen zentralen Direktiven.

Das dringend benötigte Stadterneuerungsgebiet von Budapest umfaßt eine Fläche von 2.644 ha, nämlich die Stadtbezirke V bis IX mit 6.628 Häusern und 350.000 Bewohnern (vgl. Abb. 1, S. 445).

Budapest nahm auch in der kommunistischen Ära Anregungen des internationalen Städtebaus und Denkmalschutzes auf. Die integrierte Sanierung im Burgbereich und seiner Umgebung, etwas später die Phase der Innenstadtsanierung in den sechziger sowie die Revitalisierung der City in den frühen achtziger Jahren, legen hierfür Zeugnis ab. Nur in Einzelfällen gelang es Funktionärskadern, eine Wohnung in »Vorzeigeblocken« der räumlich begrenzten »sanften Stadtrehabilitation« zu finden. Die Mittelstandsschichten konnten sich aufgrund eines Wohnungsfehlbestandes behaupten.

Der seit der politischen Systemwende veränderte Bedingungsrahmen schränkte die Zuständigkeit der Hauptstadtbehörden drastisch ein, nämlich auf den Erhalt des Burgberg- und Parlamentsbereichs sowie die Gestaltung des Donaupanoramas. Die neu eingeführte Einkommensteuer ist – auf dem Wohnprinzip basierend – die wichtigste Lokalsteuer geworden, allerdings aufgeteilt zwischen Staat, Burg und Stadtbezirken. Hieraus resultiert eine unterschiedliche Finanzkraft der Bezirke.

Der Übergang vom Plan zum Markt erweist sich als schwierig. Der Bürohausbau boomt, der Miethausbau kam zum Stillstand. Einfamilienhäuser entstehen fast nur in peripheren Lagen bzw. außerhalb des städtischen Siedlungskomplexes (vgl. Abb. 2, S. 446). Die einzelnen Bezirke versuchen, bisher staatliche Mietwohnungen an die Mieter zu verkaufen. Die Käufer – zahlenmäßig begrenzt – betrachten sie meist lediglich als Renditeobjekt. Eine Sanierung bzw. Renovierung von Gesamtblöcken ist damit nicht gegeben. Als relevant für den Verkaufspreis an die Mieter erweist sich ausschließlich das Baualter, nicht der Zustand und die Lage der Wohnungen. Die nicht verkaufsfähigen Wohnungen verbleiben im Eigentum der Bezirke und dürften für sie zu einem echten finanziellen Problem werden.

Abb. 1

Bezirksprofile von Verfall und Erneuerung (V—IX) 1993

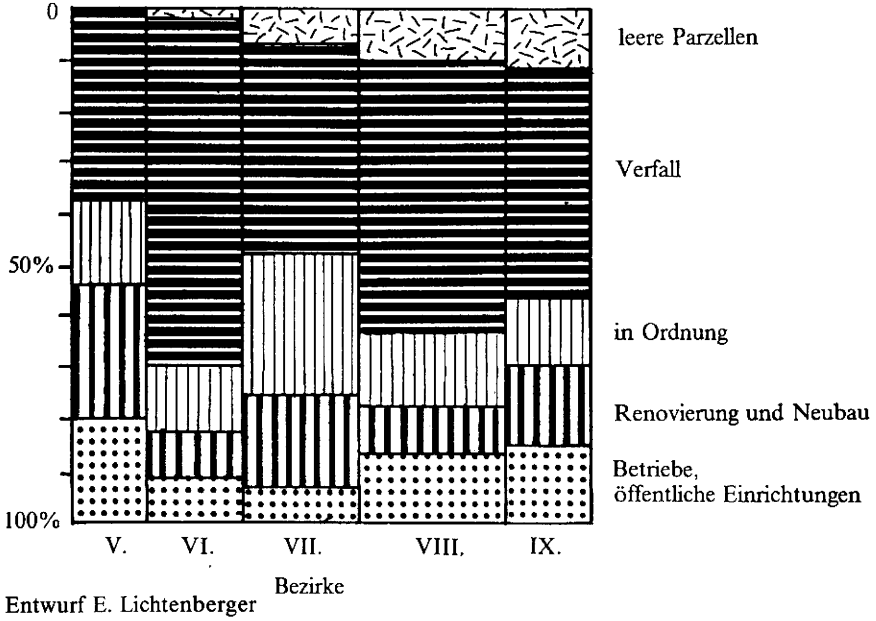
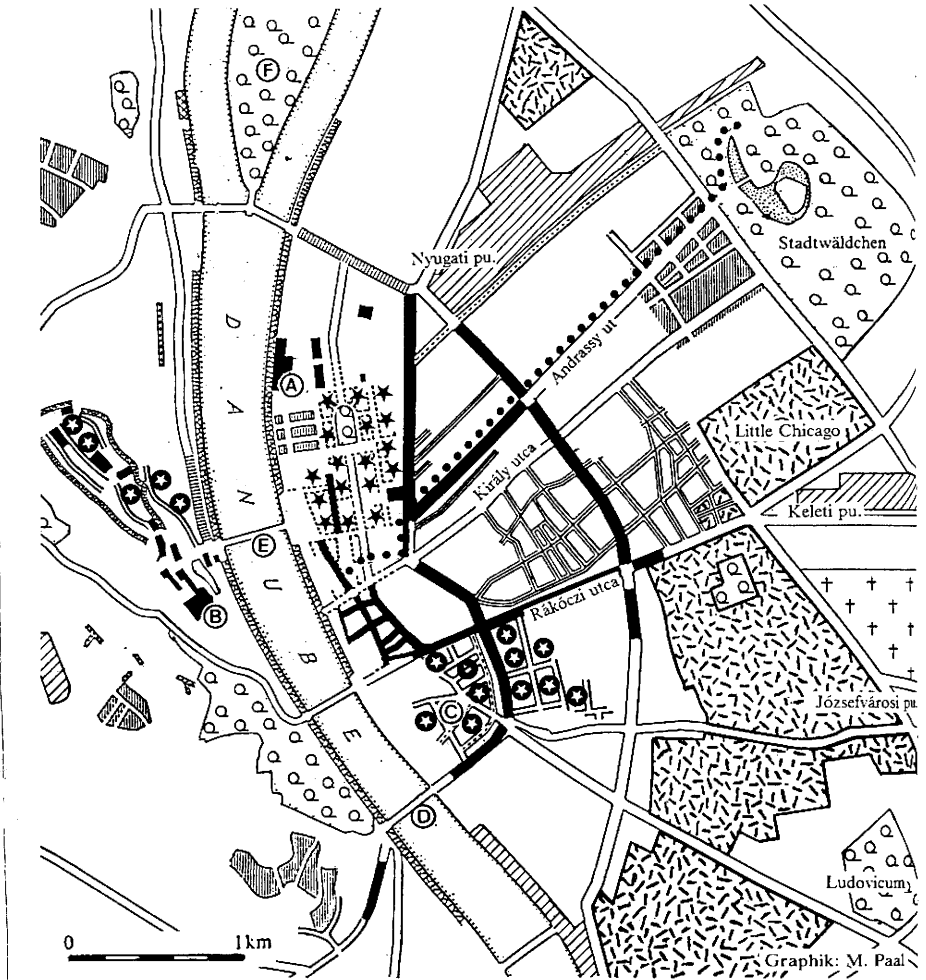

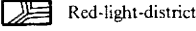
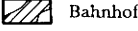

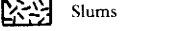
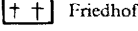

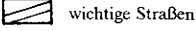
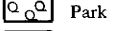

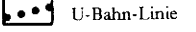
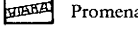


Abb. 2 : Sozialräumliche Differenzierung Budapests 1942



- | | | | | | |
|---|-------------------------------|---|--------------------|--|------------|
|  | Adelsviertel |  | Red-light-district |  | Bahnhof |
|  | Banken, Industrieverwaltungen |  | Slums |  | Friedhof |
|  | Wohnviertel der Oberschicht |  | wichtige Straßen |  | Park |
|  | gehobene Geschäftsstraße |  | U-Bahn-Linie |  | Promenaden |

A = Parlament, B = Königspalast, C = Universität, D = Ferenc-Jozsef-Brücke, E = Kettenbrücke, F = Margaretheninsel

Quelle: E. D. BEYNON, 1943

Die zeitaufwendige Untersuchung stützt sich auf eine hausweise Erfassung. Sie erlaubt eine genaue Einschätzung der baulichen Situation und Notwendigkeiten ihrer Erneuerung in der Zeit kurz vor der politischen Wende. Diese hat bis dato verfolgte, aber noch nicht realisierte Restaurierungspläne hinfällig gemacht.

Rund ein Fünftel des Baubestandes (ca. 30.000 Wohnungen) weist schwere Schäden auf, die Hälfte zeigt Verfällerscheinungen. Hier schlägt das Prinzip des Billigbauens in der Gründerzeit negativ zurück. Die Büroraum-Expansion – finanziert von ausländischen Investoren – läßt das »Slumproblem« um so krasser in Erscheinung treten. Die Autoren sprechen von einem »zentralen sozialen Krater« in unmittelbarer Nähe des Citybereichs mit seinem »Bevölkerungskrater« (S. 131).

Vergleicht man Wien mit Budapest, so ergibt sich: In Wien sind einzelne Häuser dem Verfall nahe, in Budapest ganze Viertel. Verantwortlich hierfür ist die politische Entwicklung der Nachkriegszeit. Private Hausbesitzer blieben – im Gegensatz zu Wien – ausgeschaltet.

Karl Hermes

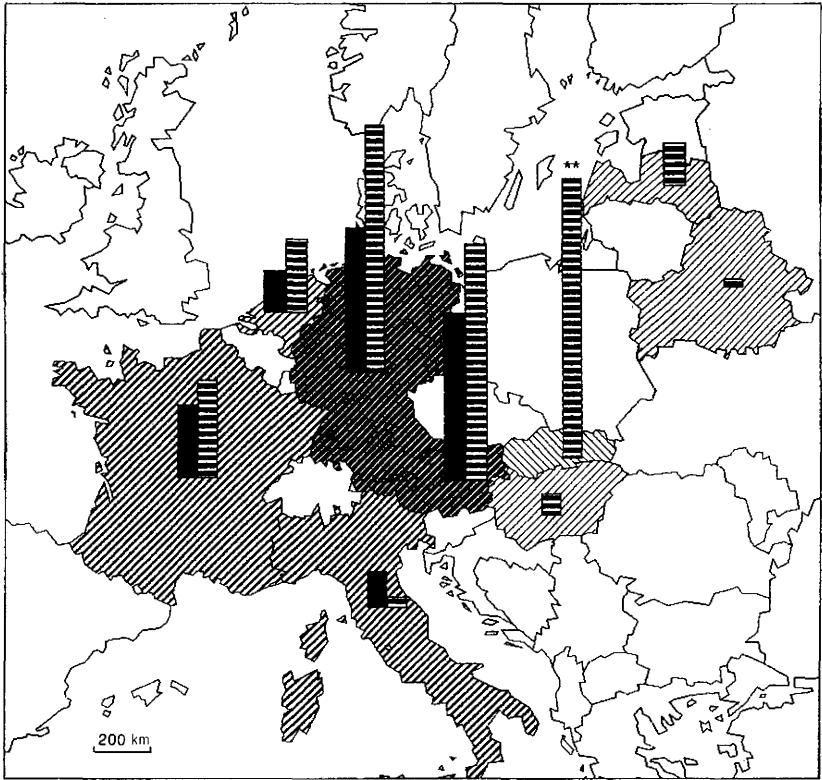
Regensburg

Immobilien-, Wohnungs- und Kapitalmärkte in Ostmitteleuropa. Beiträge zur regionalen Transformationsforschung. Hg. von Heinz FASSMANN. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften/Institut für Stadt- und Regionalforschung 1995. 108 S., 19 Tab., 5 Abb., 8 Kt., 1 Schema = ISR-Forschungsberichte 14.

Das österreichische Institut für Stadt- und Regionalforschung (ISR) hat sich seit 1990 »die Transformation des politischen, ökonomischen und sozialen Systems in Ostmitteleuropa« als zentrale Forschungsaufgabe gestellt. Sie erforderte eine Vernetzung vieler Informationsstränge. Inzwischen zeigte sich, daß länderspezifischen Untersuchungen Vorrang einzuräumen ist gegenüber solchen, die ihr Hauptziel in der Feststellung genereller Regelmäßigkeiten sehen. »Die nationalen Sonderwege differieren den Transformationsprozeß« (S. 5) und bedingen eine divergierende Entwicklung innerhalb von Ostmitteleuropa. Die vorliegende Veröffentlichung umfaßt sechs Beiträge, von denen sich drei auf Ungarn beziehen.

Britta Klagge (Wien) untersucht „Die Transformation des Bankensektors: Ungarn und Tschechien im Vergleich“ (S. 9-28). Budapest und Prag dürften in naher Zukunft sich kaum zu kleineren internationalen Finanz- und/oder Bankenplätzen entwickeln. Das Tätigkeitsspektrum ausländischer Investoren ist – relativ eng – auf den nationalen Markt beschränkt. Hindernd sind überkommene Strukturen und Denkweisen. Es lassen sich leichter kleinere Banken mit ausländischer Beteiligung gründen als für bestehende Großbanken ausländische Teilhaber gewinnen. Viele in Ungarn und Tschechien engagierte westeuropäische Banken sind auch in anderen ostmitteleuropäischen Ländern aktiv (vgl. Karte, S. 448), überseeische (amerikanische, asiatische) Investoren so gut wie nicht. Die dynamische Entwicklung der Prager Börse und eine liberale Finanzgesetzgebung verschaffen Prag gegenüber Budapest einen leichten Vorteil.

Europäische ausländische Direktinvestitionen im ungarischen und im tschechischen Bankensektor nach Herkunftsländern Ende 1994 in Mio. US\$*

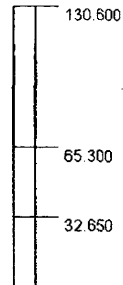


Zahl der Banken mit Direktinvestitionen in Ungarn und/oder Tschechien

- 0
- ▨ 1
- ▧ 2
- ▩ 3-4
- ▤ 5-8
- ▥ unbekannt

Ungarn

Tschechien



Anmerkungen: * registriertes Kapital; ohne ungarische Off-shore-Bank CIB, ohne Bauspar-kassen, für Filialen offizielles Mindestkapital angesetzt (vgl. Tabelle 2);
 ** Slowakei inklusive Portfolioinvestitionen (> 30% des Gesamtwertes).
 Quellen: eigene Erhebungen, teilweise Schätzungen.
 Computerkartographie: Leon Busschops, Britta Klagge.

Das Thema von Zoltán Kovács (Budapest) und Reinhard Wiessner (München) lautet: „Wohnungsprivatisierung und sozialräumliche Polarisierung in Budapest“ (S. 69-86). Eine erhoffte schnelle Revitalisierung zentraler Stadtbereiche im Zuge der Liberalisierung des Wohnungsmarktes und Privatisierungen von staatlichen Wohnungen trat leider bislang nicht ein. Hier besteht nur eine geringe Attraktivität; vielmehr verstärken sich die in der Gründerzeit angelegten Disparitäten sogar. Eine der westlichen »Gentrification« vergleichbare Entwicklung gibt es nicht. Große bauliche Mißstände erfordern kostspieligere Sanierungsmaßnahmen. Es gibt überdies Wohnumfeld-Probleme, finanzielle Engpässe bei den Bewohnern, aber auch der öffentlichen Hand. Man zieht das Wohnen draußen »im Grünen« dem urbanen Standort vor. Westliches marktorientiertes Denken und Handeln hilft hier zur Zeit kaum weiter.

Zoltán Cséfalvay (Budapest) gibt einen Überblick über „Fünf Jahre Transformation des ungarischen Arbeits- und Wohnungsmarktes“ (S. 87-103). Sein Eingangskapitel ist überschrieben: „Vom »Gulaschkommunismus« zum »Gulaschkapitalismus«“. Er betont, daß der Transformationsprozeß der Reformländer viel zeit- und kostenaufwendiger ist, als Experten und Politiker unmittelbar nach der politischen Wende erwartet hatten. Nach Auffassung des Autors hat sich die Kluft zwischen West- und Osteuropa in den letzten fünf Jahren sogar vertieft. Analog gelte dies auch für die Disparitäten zwischen einzelnen Regionen innerhalb der Reformländer. Eine gewisse Hoffnung auf einen positiven Wandel wird aus einer schnelleren Integration in die EU bezogen.

Die drei übrigen Beiträge – hier keine Berücksichtigung findend – sind: Helmut Bulwien und Heike Schmidt (München): Die Entwicklung des Immobilienmarktes in den neuen Bundesländern – Prognosen bis zum Jahre 2000; Helga Schmidt (Leipzig): Der Immobilienmarkt in Ostdeutschland: das Beispiel Leipzig – Halle; Ludek Sykora (Prag): Wohnungspolitik in der Tschechischen Republik.